

Dienstag (Abend), 10. März 2020 / Mardi soir, 10 mars 2020

Bildungs- und Kulturdirektion / Direction de l'instruction publique et de la culture

66 2019.RRGR.194 Postulat 158-2019 Imboden (Bern, Grüne)
Zeit für mehr Professorinnen an der Universität Bern

66 2019.RRGR.194 Postulat 158-2019 Imboden (Berne, Les Verts)
Il est temps d'avoir davantage de professeures à l'Université de Berne

Präsident. Wir kommen zum Traktandum 66, ebenfalls ein Postulat der Grossrätin Imboden. Sobald sie sich eingeloggt hat, bekommt sie das Wort. Sie haben das Wort, Frau Imboden.

Natalie Imboden, Bern (Grüne). Ja, jetzt haben wir vorhin über die Fachhochschulen diskutiert. Dasselbe Anliegen gilt natürlich auch betreffend die Universität Bern. Dort ist die Situation ähnlich, aber halt doch nicht ganz gleich. Deshalb ist es, wie ich glaube, auch gerechtfertigt, dies differenziert anzuschauen. Das Postulat will, dass man auch an der Universität Bern, gleich wie an den Fachhochschulen, über den Leistungsvertrag und an den Gesprächen, die mit der Universität stattfinden, schaut, wie man den Frauenanteil bei den Professorinnen und Professoren oder bei den Dozierenden erhöhen kann. Die Ausgangslage ist hier insofern ähnlich, aber eben nicht gleich, als auf der Assistenzebene bereits über 50 Prozent Frauen tätig sind. Das heisst, der Nachwuchs ist eigentlich wirklich vorhanden. Wenn man dann aber die Professorinnen anschaut, sind diese doch wieder ein wenig dünner gesät. Auch hier gibt es eine ähnliche Pyramide. Es freut mich, dass man in der Antwort des Regierungsrates schreibt, dass inzwischen bei der Besetzung der Professuren die Frauen überdurchschnittlich erfolgreich sind. Ich denke, dies ist sicher auch ein gutes Zeichen dafür, dass es hier qualifizierte Frauen gibt und man diese Bemühungen weiter fortsetzen muss. Das ist, wie ich glaube, auch klar, und das schreibt auch die Regierung in der Antwort – die ich auch hier verdanken will –, nämlich, dass man hier doch noch Luft nach oben hat, um dies etwas salopp zu formulieren.

Beim Punkt 2, den die Regierung zur Abschreibung vorschlägt: Dieser Punkt 2 fordert, dass man bei den Neuanstellungen schaut, dass die Hälfte Frauen sind. Ich glaube, das ist die Zielvorgabe; über welches Instrument – darüber, muss ich sagen, kann man sich lange streiten, ob dies nun ... Also, die Regierung sagt, man wolle keine fixe Quote. Ich verlange keine fixe Quote. Ich sage nur, das Ziel müsse erreicht werden. Dafür ist die Universität gefordert, die adäquaten Instrumente zu finden. Wenn sie es bisher nicht erreichen konnte, dann muss sie eben andere Instrumente wählen. Also: Ob dies nun eine Zielvorgabe ist, eine flexible Zielvorgabe oder eine flexible Quote – ich denke, dazu äussere ich mich nicht. Mich interessiert eigentlich am Schluss das Ziel, dass es mehr Frauen hat. Man kann der Katze auch Büsi sagen; ich will keine Diskussion darüber, wie dieses Instrument heisst, sondern, dass wir uns einig sind, dass das Ziel erreicht werden soll. Insofern kann ich sogar mit der Abschreibung leben, weil die Regierung bei diesem Punkt sagt, man sehe zu, dass man das Ziel erreicht. Was einfach klar ist: Wenn man das Ziel dann nach vier Jahren nicht erreicht hat, dann müssen wir, glaube ich, tatsächlich darüber diskutieren, verbindlichere, härtere Massnahmen an die Hand zu nehmen. Das kann man natürlich auch in einem Gesetz über die Universität (UniG) tun. Wir machen jetzt hier jedoch keine Motion, um das UniG zu ändern, sondern wir wollen schauen, ob es möglich ist – hoffentlich mit der Unterstützung des Grossen Rates –, mit der Universität zusammen zu schauen, dass man einen Schritt vorwärtskommt.

Und vielleicht noch ganz zum Schluss: Die Idee zu diesem Vorstoss entstand, weil die Studierenden, also vor allem die Frauen, letzten Sommer selbst gesagt hatten, es müsse wieder etwas gehen, es brauche einen gewissen Handlungsdruck, damit es mehr Frauen an den Universitäten gibt, auch in den oberen Funktionen. Daher ist es auch ein Anliegen, das von der Studierendenschaft mitgetragen wird. Ich bitte Sie hier, dieses Postulat – wie gesagt ist es eben ein Postulat – anzunehmen, und in diesem Sinne kann ich auch mit der Abschreibung von Punkt 2 leben.

Präsident. Also, wenn Sie mit der Abschreibung leben können, dann gibt es keine Differenz mehr zur Regierung, oder? Gut! Ist dies bestritten im Rat? – (*Grossrat Abplanalp bejaht dies. / M. le député Abplanalp répond par l'affirmative.*) – Jawohl. Sehr gut, Ueli, so habe ich es gerne. (*Heiterkeit / Hilarité*) Ueli Abplanalp hat das Wort.

Ueli Abplanalp, Brienzwiler (SVP). Mit grossem Interesse habe ich diese Eingabe für mehr Professorinnen an der Universität gelesen. Die Antwort der Regierung hat mich und die SVP aber doch sehr erstaunt. Insbesondere haben uns die Zahlen der Gegenüberstellung der eingegangenen Bewerbungen zu den Vorladungen, hin zu den effektiv angestellten Professorinnen davon überzeugt, dass die Universität bereits ernsthafte Frauenförderung betreibt. Man hatte 24 Prozent Bewerberinnen, davon wurden bereits 30 Prozent zu Probevorträgen eingeladen, und letztendlich hat man, offenbar aus Qualitätsgründen – diese Zahlen stammen aus dem Jahr 2010–2017 – für 27 Prozent der freien Stellen Frauen für deren Besetzung gewinnen können. Wenn man die Zusammenstellung der im Inselspital angestellten Ärzteschaft nach Alterskategorie betrachtet, kann man beobachten, dass die entsprechenden Frauenanteile je länger, desto ausgeglichener werden. Und bei den ganz jungen Ärztinnen sind wir bereits bei über 50 Prozent Anteil an Frauen. So wurde das einmal an einer Mittagsveranstaltung öffentlich präsentiert. Wir dürfen deshalb sicher sein, dass sich deren Anteil laufend angleicht.

Weiter will ich und will meine Fraktion auch festhalten, dass auch Frauen mit besten Ausbildungen dem Wunsch, Mutter zu werden und Familienzeit zu verbringen, aus unserer Sicht nachleben dürfen und sollen. Wegen der Quote Druck auszuüben, weiter im Karrieremodus zu bleiben, muss man unbedingt vermeiden. Für mich ist und bleibt die fachliche Kompetenz die einzig mögliche Grundlage, die Stellen an der Universität zu besetzen, die auch die Lehre und die Forschung voranbringen. Aufgrund dieser bereits jetzt getroffenen Massnahmen lehnt die SVP weitergehende Regelungen ab und beantragt bei der Annahme Abschreibung aller Punkte.

Präsident. Für die SP-JUSO-PSA-Fraktion, Christine Blum.

Christine Blum, Melchnau (SP). Über alle Fakultäten hinweg gibt es an der Universität Bern ein ausgeglichenes Geschlechterverhältnis bei den Studierenden. Aber demgegenüber ist der Anteil der Professorinnen immer noch klein und auch bei den Anstellungen in den letzten zehn Jahren war der Anteil der Frauen für Professuren unter 30 Prozent. Etwas stimmt hier einfach noch nicht ganz. Noch bei den Doktoratsabschlüssen hat es gleich viel oder sogar mehr Frauen. Aber danach fehlen die Bewerbungen von Frauen für die Professuren. Der Aktionsplan Gleichstellung der Universität Bern für die Periode 2017–2020 ist umfassend und zeigt auf, dass die Universität bereits Schritte macht, damit ausgeglichene Geschlechterverhältnisse erreicht werden können – auf allen Hierarchiestufen, also auch bei den Professuren. Auch mit diesen Massnahmen konnte man bisher keine Ausgeglichenheit herstellen.

In der Antwort der Regierung wird der wahrscheinlich wichtigste Grund für die fehlenden Bewerbungen von Frauen für die Professuren bereits angetönt. Die Rahmenbedingungen, die zu einer Professur gehören, sind einfach gar nicht familienfreundlich. Eine Arbeitsstelle, die voraussetzt, dass man nur im 100-Prozent-Pensum arbeiten kann, lässt sich schlecht mit den Bedürfnissen einer Familie und kleinen Kindern unter einen Hut bringen. Da entscheiden sich dann wahrscheinlich viele Frauen für ein Teilpensum und verzichten auf die akademische Karriere. Befragungen haben ergeben, dass Frauen bei Karriereentscheidungen die Interessen des Partners oder der Kinder stärker gewichten als dies umgekehrt Männer tun. Dass man sich zu zweit für eine Führungsstelle bewirbt, kommt in vielen Bereichen vor und ist seit Kurzem auch an der Uni Bern möglich. Jobsharing auf der Führungsstufe gilt als erfolgsversprechendes Modell, weil die Unternehmen von den doppelten Ressourcen profitieren, die die zwei Leitungsköpfe einbringen. Die Universität Bern hat zwar seit 2015 das Jobsharing für Professuren vorgesehen, die Richtlinien dazu sind aber doch noch ganz eng gefasst. An der Uni Bern gilt der Grundsatz, dass wer sich zu zweit bewirbt, und so danach die Stelle bekommt, diese Stelle auch zu zweit verlassen müssen, oder jemand übernimmt die Stelle dann zu 100 Prozent. Mit dieser Bestimmung sind die Hürden so hoch gesetzt, dass es aus unserer Sicht immer noch nicht familienfreundlich ist. Da gibt es ganz sicher noch Handlungsbedarf. Das Beispiel zu den Anstellungsbedingungen an der Uni zeigt, wie die Veränderungen der Rahmenbedingungen eben im Detail geschehen müssen. Die SP-JUSO-PSA-Fraktion sieht diesen Handlungsbedarf und unterstützt dieses Postulat einstimmig mit der Abschreibung des Punktes 2.

Corinne Schmidhauser, Interlaken (FDP). Wir danken der Regierung sehr herzlich für die Antwort, und wir unterstützen diese Vorgaben – es geht um ein Postulat, es geht um das Prüfen –, die ja bereits im Leistungsvertrag mit der Uni drin sind; wir tragen also Wasser in die Aare. Wir tragen dieses Wasser mit. Die FDP trägt dieses gern mit, es soll noch etwas Wasser die Aare runterfliessen.

Ich würde Ihnen aber gerne in Sachen Gleichstellung noch etwas anderes mitgeben und blicke jetzt noch etwas nach rechts, zu den Linken. Wenn wir schon immer von Gleichstellung sprechen: Gleichstellung endet halt nicht bei der Gleichstellung der Frauen. Wenn wir wissen, dass die Maturitätsquote heute, respektive bei der Verteilung, schon aus 60 Prozent Frauen und 40 Prozent jungen Männern besteht, dann gibt es dort auch Handlungsbedarf, und zwar einmal auf der anderen Seite. Wenn man da gleichzieht, dann müsste man halt sagen: Es sind also auch Massnahmen zu ergreifen, welche die Maturitätsquoten der Männer erhöhen. Denn das bietet uns genauso Probleme, wie wenn wir zu wenig Frauen bei den Professorinnen haben. Ich gehe aber davon aus, ganz ehrlich, dass die Regierung dies auch ohne zusätzliches Postulat angeht, und in diesem Sinne ist die FDP, wie die Regierung, für die Annahme der Punkte 1 und 3 sowie für Annahme und Abschreibung des Punktes 2.

Christine Grogg-Mayer, Bützberg (EVP). Ich kann mich dem, was die Vorrednerin gesagt hat, gerade anschliessen. Die Fraktion EVP teilt auch die Meinung des Regierungsrates, nimmt alle drei Punkte als Postulat an und will einfach den zweiten Punkt abschreiben. Aus den Antworten des Regierungsrates ist ersichtlich, dass es sehr wohl Anstrengungen gibt seitens der Uni, wonach man eben die Gleichstellung, die schon im UniG sowie im Aktionsplan Gleichstellung verankert ist, vorantreibt, und das ist auch nötig. Es zeige sich aber, sagt der Regierungsrat, dass die Veränderungen zu höheren Frauenanteilen sehr langsam vorangingen, und es zeige sich auch, dass je höher die akademische Karrierestufe, desto geringer der Frauenanteil sei. Eine Benachteiligung von Frauen per se kann ich aber nicht feststellen. Es muss also mehr mit der Vereinbarkeit von Familie und Karriere zu tun haben und vielleicht manchmal auch mit dem fehlenden Mut von uns Frauen, dass wir uns so etwas einfach nicht zutrauen.

Die Fraktion EVP wünscht sich auch, dass es für mehr Frauen möglich wird, eine akademische Karriere zu verfolgen und unterstützt deshalb die Überprüfung der Punkte 1 und 3. Was uns dabei aber sehr wichtig zu betonen ist, wenn es eben einmal mehr um die Vereinbarkeit von Familie und Karriere geht: Die Arbeitgeber könnten eigentlich auch noch mehr Beiträge leisten, mit flexiblen Arbeitsmodellen oder Teilzeitarbeit, die sie anbieten, damit auch Väter Karrierepläne von Müttern unterstützen könnten, sodass diese Möglichkeiten nicht einfach nur durch Infrastrukturmassnahmen gegeben werden müssen. Bei Gleichstellungsfragen geht es immer um Männer und Frauen – und wenn es Familien sind, auch noch um Kinder. Genau das Wohl der Kinder dürfen wir bei diesen ganzen Geschichten einfach nicht vergessen; ich sage es noch einmal mehr: Vergessen wir bei aller Karriereplanung – ob Mann oder Frau – die Kinder nicht. Zum Punkt 2: Nach Auffassung des Regierungsrates ist die Überprüfung dieser Frage erfolgt, und die Aussage, dass bei Professuren die Geeignetsten gewählt werden sollen, kann die EVP unterstützen. Einer Quotenforderung würde die EVP generell nicht zustimmen.

Katharina Baumann-Berger, Münsingen (EDU). Wie beim vorherigen Postulat (P 157-2019) gilt auch hier unsere Einstellung zum Thema Frau und Mann: Frauen sollen gefördert werden, die Türen sollen offen sein für die Professur von Frauen, wenn sie das wollen. Dass bei Neuanstellungen von Professuren die Hälfte Frauen sein sollen, ist bereits im UniG geregelt. Dennoch müssen entsprechende Personen immer zuerst gefunden werden. Eine geeignete Frau soll ihren Platz bekommen. Ein geeigneter Mann aber auch. Die EDU-Fraktion stimmt diesem Postulat gemäss der Empfehlung des Regierungsrates zu.

Präsident. Für die SP-JUSO-PSA, Belinda Walpoth.

Belinda Nazan Walpoth, Bern (SP). Ich möchte hier auf den Schlussbericht «Chancengleichheit von Frau und Mann an den Universitäten» von 2018 (Dubach, Stutz, Legler: «Evaluation des Teilprogramms «Chancengleichheit von Frau und Mann an den Universitäten» SUK P-4; Schlussbericht vom 17. April 2018» / Dubach, Stutz, Legler : « Evaluation du Sous-programme « Egalité des chances entre les femmes et les hommes dans les universités » programme CUS P-4 ; rapport final du 17 avril 2018») zu sprechen kommen. Dafür hat man in der Schweiz alle Universitäten bezüglich der Genderfrage Frau und Mann angeschaut: Wo sind die Probleme, was können wir verbessern? – Letztendlich kommen die Experten und Expertinnen nach vielen Gesprächen zum Schluss, dass

unabhängig von der gefragten Berufserfahrung der grösste Handlungsbedarf hinsichtlich der Gleichstellung von Frau und Mann an Schweizer Universitäten die Notwendigkeit eines Kultur- und Bewusstseinswandels ist, welcher wichtig ist. Dieser umfasst unterschiedliche Aspekte: Das Bekämpfen von offenem Sexismus, das Überwinden von subtilen Diskriminierungen und Ausgrenzungsmechanismen in männerdominierten Forschungsgemeinschaften oder die Sensibilisierung für unbewusste Verhaltens- und Denkmuster mit genderspezifischen Konsequenzen. Dazu gehört auch, die Elemente der Wissenschaftskultur und akademischen Rollenbilder infrage zu stellen – also die Dauerverfügbarkeit sowie Wissenschaft als reine und ausschliessliche Berufung für Männer zu sehen; dies macht familiäre Verpflichtungen nicht möglich. Deshalb schliesslich wird es als grosse Herausforderung betrachtet, die Basis der Personen zu erweitern, die sich für Gleichstellungsfragen engagieren, um dies im Sinne eines Mainstreamings zu erreichen, sodass Genderfragen in Standardprozessen systematisch einbezogen und mitbedacht werden. Also, ich unterstütze dies auf jeden Fall, und wir sind die Stelle, die hier auch ein Zeichen setzen sollte.

Präsident. Dies wäre eine Einzelsprecherin gewesen. Ich habe das nicht mitbekommen, entschuldigen Sie bitte. Nun als nächsten Fraktionssprecher für die Grünen, Bruno Vanoni.

Bruno Vanoni, Zollikofen (Grüne). Wir haben es im Votum des SVP-Sprechers gehört: Die Tabelle in der Antwort der Regierung zu diesem Postulat zeigt auf, dass es in den Jahren 2010–2017 27 Prozent Anstellungen von Professorinnen gab. Wenn man den Rest der Tabelle betrachtet, könnte man auf die Idee kommen: «Ja, es hat an Bewerberinnen gefehlt, daher sind es halt nur so wenige.» Aber wir sind uns, wie ich glaube, alle einig, dass 27 Prozent zu wenig sind. Nun war ich im letzten Dezember am Dies academicus und sah dort einen strahlenden Rektor Leumann, der in seiner Rede referierte und sagte, dass eines seiner Privilegien die Anstellung von neuen Professoren und neuen Professorinnen sei. Er habe im letzten Jahr 26 neue anstellen können und 65 Prozent seien Frauen gewesen. Es geht ja, wenn man will, es geht. Wenn es einmal gegangen ist, dann reicht das eben nicht. Es gibt einen grossen Nachholbedarf, um von diesen 27 Prozent wegzukommen, nach oben. Und deshalb ist es wichtig, dass wir dieses Postulat unterstützen, gemäss den Anträgen der Regierung, die ja auch im nächsten Leistungsauftrag das Postulat Gleichstellung und Förderung der Professorinnen weiterführen will. Es geht auch darum, dass die Uni weiterhin darauf achtet, dass auch die geeigneten Rahmenbedingungen und Förderprogramme da sind und weitergeführt werden. Nach dem Beispiel, das ich genannt habe, von Professor Leumann, gibt es keine Zweifel, dass die Uni dranbleiben will, aber wir müssen ihr hier ein bisschen Rückenwind und Rückendeckung geben. Danke für die Zustimmung zum Postulat.

Vania Kohli, Bern (BDP). Ich halte mich kurz, ich werde auch nicht dichten. Wir danken der Regierung für die Antwort. Wir sind gleicher Meinung und werden auch dem Antrag der Regierung folgen, einstimmig.

Präsident. Ich gebe Regierungsrätin Häsler das Wort.

Christine Häsler, Bildungs- und Kulturdirektorin. Vielen Dank für diese gute Diskussion zu diesem Postulat. Auch hier ist die Regierung einverstanden mit der Postulantin und teilt die grundsätzliche Einschätzung. An der Universität stellen tatsächlich die Frauen über die Hälfte der Studierenden dar und bei der ProfessorInnenschaft dann lediglich knapp einen Viertel. Und diese Proportionen müssen sich ganz klar verbessern. Die Punkte 1 und 3 des Postulats fordern dann auch, dass die notwendigen Massnahmen zu ergreifen sind, um den Frauenanteil bei den Professuren und Dozierenden zu erhöhen, und dass der Universität der Auftrag zu erteilen sei, dafür nötige Begleitmassnahmen dann eben auch zu erarbeiten und zu ergreifen. Die Universität macht beides schon; wir haben dazu schon einiges gehört. Sie haben sich ebenfalls eingelesen und hier bereits Informationen dazu bekannt gegeben, welche besagen, dass die Universität ja auf diesem Weg ist. Der Anteil der Frauen in der Professorenschaft hat in den letzten Jahren zugenommen, absolut, aber es geht langsam, da sind wir uns auch einig. Daher würde die Regierung gerne die Punkte 1 und 3 des Postulats als Auftrag entgegennehmen, eben von Ihnen als Postulat überwiesen, um zusammen mit der Universität im Gespräch nach Wegen zu suchen, wie die jetzt noch bestehende Untervertretung der Frauen in der Professorenschaft schneller behoben werden kann.

Den Punkt 2 des Postulats empfiehlt die Regierung ebenfalls zur Annahme, aber mit gleichzeitiger Abschreibung. Artikel 12 UniG hält schon heute fest, dass die Universität durch geeignete Mass-

nahmen die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern, und namentlich eine ausgewogene Vertretung beider Geschlechter, auf allen Stufen und in allen Gremien fördern soll. Deshalb ist diese Forderung aus Sicht der Regierung durchaus bereits erfüllt. Dies ist bereits eine Grundlage, der man nachlebt. Und wenn sie denn so zu verstehen wäre, dass sie in die Richtung einer starren Quotenregelung ginge, dann wäre sie aus der Sicht der Regierung falsch. Das möchten wir nicht, eine starre Quotenregelung; wir möchten, dass wir mit den geeigneten Massnahmen dafür sorgen können, dass weibliche Talente an ihrer akademischen Karriere arbeiten können, dass sie gute Rahmenbedingungen haben, damit sie dies, wie Männer auch, anstreben können, und dass wir die richtigen Grundlagen dazu haben, aber ohne dass wir mit einer Quote dafür sorgen, dass es mehr gibt. In diese Richtung möchte die Regierung gehen, und ich hoffe, Sie können die Einstellung teilen, dieses Postulat anzunehmen – als Postulat – und den Punkt 2 direkt abzuschreiben. Vielen Dank für die Unterstützung.

Präsident. Wir kommen zur Abstimmung. Wir stimmen punktweise ab. Wer die Ziffer 1 dieses Postulats annimmt, stimmt Ja, wer dies ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (2019.RRGR.194; Ziff. 1)

Vote (2019.RRGR.194 ; ch. 1)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Annahme / Adoption

Ja / Oui 105

Nein / Non 44

Enthalten / Abstentions 0

Präsident. Sie haben die Ziffer 1 angenommen, mit 105 Ja- gegen 44 Nein-Stimmen bei 0 Enthaltungen.

Es wurde Abschreibung verlangt. Wer die Ziffer 1 abschreiben will, stimmt Ja, wer dies nicht möchte, stimmt Nein.

Abstimmung (2019.RRGR.194; Ziff. 1; Abschreibung)

Vote (2019.RRGR.194 ; ch. 1 ; classement)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Ablehnung / Rejet

Ja / Oui 73

Nein / Non 75

Enthalten / Abstentions 1

Präsident. Noch vor einer Sekunde war es 74 zu 74. Sie haben diese Ziffer nicht abgeschrieben, mit 75 Nein- gegen 73 Ja-Stimmen, bei 1 Enthaltung.

Wir kommen zur Ziffer 2: Dort ist die Postulantin einverstanden mit der Abschreibung. Wir stimmen deshalb gerade in einem ab. Wer die Ziffer 2 annehmen und gleichzeitig abschreiben will, stimmt Ja, wer dies nicht will, stimmt Nein.

Abstimmung (2019.RRGR.194; Ziff. 2; Annahme und gleichzeitige Abschreibung)

Vote (2019.RRGR.194 ; ch. 2 ; adoption et classement)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Annahme / Adoption

Ja / Oui 148

Nein / Non 1

Enthalten / Abstentions 0

Präsident. Sie haben diese Ziffer angenommen und zugleich abgeschrieben, mit 148 Ja-Stimmen bei 1 Gegenstimme und 0 Enthaltungen.

Wir kommen zur Ziffer 3: Wer die Ziffer 3 des Postulats annimmt, stimmt Ja, wer dies ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (2019.RRGR.194; Ziff. 3)

Vote (2019.RRGR.194 ; ch. 3)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Annahme / Adoption

Ja / Oui 105

Nein / Non 44

Enthalten / Abstentions 0

Präsident. Sie haben auch die Ziffer 3 angenommen, mit 105 Ja- gegen 44 Nein-Stimmen, bei 0 Enthaltungen.

Auch hier wurde Abschreibung verlangt. Wer die Ziffer 3 abschreiben will, stimmt Ja, wer dies nicht will, stimmt Nein.

Abstimmung (2019.RRGR.194; Ziff. 3; Abschreibung)

Vote (2019.RRGR.194 ; ch. 3 ; classement)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Ablehnung / Rejet

Ja / Oui 56

Nein / Non 93

Enthalten / Abstentions 0

Präsident. Die Ziffer 3 wurde nicht abgeschrieben, mit 93 Nein- gegen 56 Ja-Stimmen, bei 0 Enthaltungen.